



Geschäftsführung Ausschuss für Umwelt und Grün

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 16.06.2016

Auszug aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün vom 07.06.2016

öffentlich

- 4.1 Umsetzung STEK Wohnen
hier: Neue Flächen für den Wohnungsbau
1028/2015**
- 4.1.1 Bericht zur Kleinräumigen Bevölkerungsprognose für Köln 2015 bis
2040
0857/2016**

Stadtkämmerin Frau Klug bemerkt, dass ein zentrales Anliegen der Verwaltung die Ausweitung der Wohnflächen im Stadtgebiet auch unter Umwelt- und Klimaschutzgesichtspunkten sei. Sie macht auf die ausgehängten Karten mit den Darstellungen der Umweltbelange in Köln aufmerksam und betont, dass die Lösungen nicht nur im Stadtgebiet sondern regional zu betrachten seien. Sie habe daher zwei Mitarbeiter des Dezernates, Frau Anna Jung und Herrn Max Künnemann, eingeladen, die sich mit entsprechenden Projekten, dem Stadtumlandprojekt UrbanRural Solutions¹ und Infrastrukturentwicklung in der Region, befassen.

Anschließend stellt Herr Peschen im Rahmen einer PowerPoint Präsentation Umweltbelange dar, die in das „STEK Wohnen“ eingeflossen sind.²

Er informiert darüber, nach welchen Kriterien die Umweltverwaltung die Flächen vom „STEK Wohnen“ bewertet habe (Folie 2). Diese Bewertung sei nicht apodiktisch erfolgt, da bestimmten Belastungssituationen durch gezielte Kompensationsmaßnahmen entgegen gewirkt werden könne (z.B. passiver Schallschutz an Gebäuden).

Das gelte auch für die Planungsempfehlungen aus der Klimawandelstudie; hier könne durch Ausrichtung der Gebäude, Wasseranteil an der Fläche, großzügige Begrünung –auch der Gebäude- u. v. m. der zukünftig steigenden Wärmebelastungen entgegengesteuert werden.

¹ s. <http://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/finanzen/urbanrural-solutions>

² Die Folien der Präsentation sind der Niederschrift beigelegt und stehen im Ratsinformationssystem in der Ausschusssitzung zur Verfügung.

Die Verwaltung verfüge über Basisinformationen, anhand derer sie die Umweltgesichtspunkte in Bezug auf flächenbezogene Planungen hervorragend abbilden könne. Man hoffe daher, im Herbst dem Ausschuss Umwelt und Grün erste Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel vorlegen zu können.

Auch der Lärmaktionsplan, der zurzeit in den politischen Gremien diskutiert werde, beschreibe sehr anschaulich, wie der Lärm sich auf die Stadt verteile.

Anschließend präsentiert Herr Peschen eine Übersichtskarte des Stadtgebiets, auf dem die rund 65 Flächen für den Wohnungsbau dargestellt sind (Folie 3) und geht im weiteren Verlauf auf die einzelnen darübergelegten Karten ein, die die zukünftige Wärmebelastung, den Landschaftsschutz und Grünflächen, Lärm- und Luftschadstoffbelastung an Straßen, sowie Schienen- und Fluglärm (Folien 4, 5, 6 und 7) zeigen.

Klar werde, wenn man in die Außenbereiche schaue, wie wichtig es sei, Gebiete offen zu halten, über die eine Belüftung der Stadt künftig bei bestimmten Wetterlagen gewährleistet sei.

Natürlich könne man, wie bereits erwähnt, in einem bestimmten Rahmen Belastungen auch kompensieren.

Als positives Beispiel nennt Herr Peschen die Parkstadt-Süd, bei deren Planung man dem Thema „Belüftung und Wärmebelastung“ Rechnung trage, indem größere zusammenhängende Grünflächen geplant werden. Im Bereich des Landschaftsschutzes und der Grünzüge (s. Folie 5) gebe es an einigen Stellen Zielkonflikte, allerdings nicht in dem Umfang, wie bei Lärm.

Auf der Karte für Lärm und Luftschadstoffe aus dem Straßenverkehr (Folie 6) werde deutlich, dass die NO₂-Grenzwerte leider an vielen Orten Kölns, insbesondere in der Innenstadt, überschritten werden. Betrachte man die Bereiche, die für STEK Wohnen vorgesehen sind, so halte sich die Belastung bis auf 2 Flächen jedoch in Grenzen.

Anders sehe es bei der Belastung durch Schienen- und Fluglärm aus (Folie 7), der viele Konflikte in den Innenstadtbereichen und im Rechtsrheinischen sichtbar mache. Durch technische Maßnahmen wie passiver Schallschutz und Ausrichtung der Gebäude sei man in der Lage, die Lärmbelastung in Innenräumen in Grenzen zu halten.

Die Darstellung auf der Ebene des gesamten Stadtgebietes könne jedoch lediglich einen Anhaltspunkt auf Belastungsschwerpunkte geben. Auf der Projektebene im Planverfahren erfolge über konkrete Untersuchungen üblicherweise eine detaillierte Analyse der Belastungssituation.

Herr Peschen veranschaulicht, wie unübersichtlich der Stadtplan werde, wenn man die Karten mit allen Umweltbelangen übereinander legt. Die wesentlichen Umweltbelange seien in den Steckbriefen aufgeführt und würden bei Realisierung der Wohnbebauung in den Planungsprozess eingebunden. Da sich die planerische Abwägung bei der Aufstellung der verbindlichen Bauleitpläne mit allen möglichen Belangen (nicht nur Umweltbelangen) befassen muss, ist jedoch auch klar, dass nicht alle Belange vollständig berücksichtigt werden können.

Zusammenfassend hebt Herr Peschen hervor, dass die Umweltverwaltung durch ihre Aktivitäten in den letzten Jahren über einen profunden Datenbestand verfüge, der sich auch in den Flächensteckbriefen und einer stichpunktartigen Liste wiederfinde, die noch mit der Kollegin des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik abgestimmt werde.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Frau Welcker bittet, wenn dies kein Problem sei, die Liste zur Verfügung zu stellen, da sie die Arbeit der Politik wesentlich erleichtere.

SB Herr Becker bittet ebenfalls, die Pläne und die Liste kurzfristig zur Verfügung zu stellen, um darüber noch in den Fraktionen beraten zu können.

Stadtkämmerin Frau Klug sagt eine kurzfristige Abstimmung zwischen den betroffenen Dezernaten zu.

SB Herr Becker legt Wert auf einen regionalen Lösungsansatz.

RM Herr Götz möchte wissen, ob die Umweltverwaltung auch an der Überarbeitung des Regionalplans beteiligt sei.

Herr Peschen informiert darüber, dass die Umweltverwaltung mit ihren Ergebnissen zur Klimawandelstudie in engem Kontakt zum Stadtplanungsamt stehe.

SB Herr Dr. Albach spricht die Lärminderungsplanung nach EU-Recht an und fragt, welche der Kölner Lärmkarten auch den Nachbarkreisen bzw. –gemeinden vorliegen müssten und welche ihnen wahrscheinlich nicht zur Verfügung stehen. Daraus ergebe sich für ihn die Frage, ob man die Karten zusammenführen und den Ausschussmitgliedern zur Verfügung stellen könne.

Herr Peschen erläutert, dass alle Städte im Kölner Umland an der Lärmaktionsplanung beteiligt seien. Die dazugehörigen Karten seien öffentlich. Hinsichtlich der anderen Karten werde er noch mal recherchieren.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende fasst nach Rückfrage im Ausschuss zusammen, dass alle Informationen zu den Flächen im öffentlichen Teil abgegeben worden seien und die Beschlussfassung im nichtöffentlichen Teil erfolge.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung unter TOP 4.1.1 und die mündlichen Ausführungen von Herrn Peschen zur Kenntnis.

Die Beschlussfassung (verwiesen ohne Votum in die nachfolgenden Gremien) erfolgt im nichtöffentlichen Teil.